

Querbeet gegen gut sortiert

GARTENSCHAU In Wilhelmsburg wehrt sich eine Bürgerinitiative gegen das Abholzen von 2.000 Bäumen für die 2013 geplante Ausstellung. Die Linke klagt

Wilhelmsburg hat eine neue Bürgerinitiative. Für Sonntagnachmittag lud der Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg (AKU) zu einem Protest- und Informationsspaziergang auf das Gelände der Internationalen Gartenschau (IGS), die 2013 stattfinden soll. Sie wehrt sich gegen das Abholzen von voraussichtlich 2.000 Bäumen auf dem IGS-Gelände. „Wir haben nichts gegen querbeet wachsende Bäume“, schreibt die Initiative in ihrem Aufruf, „und ziehen einen naturnahen Raum immer noch einer sortierten, durchsichtigen und abwaschbaren Parklandschaft vor“. Der Umweltverband BUND rügte die „chaotischen Entscheidungsabläufe im Rahmen der IGS-Planung“.

Die Gartenschau soll in drei Jahren zugleich mit der Abschlusspräsentation der Internationalen Bauausstellung (IBA) gezeigt werden. Beide Ausstellungen greifen ineinander, weil sie denselben Raum beackern. Die IGA plant „keine bloße Blüchenschau“. Vielmehr sei ein hochwertiger, nachhaltiger Park mit einem Schwimmbad, Sporthallen, neuen Wasserstraßen, be-

leuchteten Wegen und Gastronomie geplant. Motto: „In 80 Gärten um die Welt.“

Das Gartenschau-Gelände erstreckt sich zu beiden Seiten der Wilhelmsburger Reichsstraße, die nach den Plänen von Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk (GAL) bis zur Gartenschau an die Bahntrasse verlegt werden soll. Zu dem Gelände gehören heute Kleingärten, Brach- und Grünflächen. Nach Auskunft der IGS liegt ein grober Plan für die Neugestaltung vor.

Gegenüber der grundsätzlichen Kritik des AKU räumt der BUND ein, eine Gartenschau sei mit Eingriffen und Veränderungen verbunden. „Diese müssen aber in der Öffentlichkeit verständlich dargestellt, rechtlich abgesichert und vor allem korrekt ausgeglichen werden“, sagen

Der BUND räumt ein, dass eine Gartenschau mit Eingriffen und Veränderungen verbunden sei

die Umweltschützer. Mit dem Fällen dürfe nicht begonnen werden, solange nicht das seit mehr als einem Jahr versprochene Naturschutz- und Ausgleichskonzept für die IGS vorliege.

Weil seit Herbst 2008 bereits 749 Bäume gefällt worden sind, hat die Bezirksfraktion der Linken Strafanzeige gestellt. Wie das Bezirksamt Mitte bestätigt, sind die Fällungen genehmigt worden. Das Naturschutzgesetz habe keine Handhabe geboten, das abzulehnen, sagt Sorina Weiland, die Sprecherin des Bezirksamts.

Nach Auskunft der IGS müssen weitere Bäume aus unterschiedlichen Gründen gefällt werden: Beantragt sind knapp 600 Fällgenehmigungen, um die Parklandschaft zu modellieren, weitere 500 für Gebäude und Straßen. Falls es nötig sein sollte, müssen bis zu 465 Bäume für die Kampfmittelräumung fallen, 300 für die Grabenunterhaltung und fast 400 für den Bau von Gräben und Brücken. „Das Fällen ist nötig, um etwas Tolles und Gutes für Hamburg zu schaffen“, sagt IGS-Sprecherin Ina Heideemann. Für die gefällten Bäume würden neue gepflanzt. **KNÖ**